
Vom politischen Konflikt zum Politikfeld

Jeanette Hofmann

Workshop der Projektgruppe Politikfeld Internet zum Thema „Entstehung von Politikfeldern: Vergleichende Perspektiven und Theoretisierung“ am 25. November 2015

Große gesellschaftliche Problemlagen werden für gewöhnlich als Auslöser für die Entstehung von Politikfeldern angesehen. So sind Bilder vom Fischsterben, von Lebensmittelskandalen, von erschütterten Börsenmaklern ins kollektive Gedächtnis eingegangen. Weitverbreitet ist die Vorstellung, dass die Gesellschaft auf die Verschmutzung der Umwelt oder die Krise an den Finanzmärkten mit neuen Problemlösungskompetenzen reagiert und so neue Politikfelder schafft. Doch stimmt diese Annahme? Neue Problemlagen sind häufig durch Unübersichtlichkeit charakterisiert. Ein gutes Beispiel dafür ist der Klimawandel, dessen Existenz ebenso strittig war wie die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung. Wenn aber gesellschaftliche Probleme selbst keine objektiv gegebene Größe sind, sondern erst einmal öffentlich wahrgenommen, definiert und interpretiert werden müssen, dann leitet sich auch die Entstehung von Politikfeldern nicht aus den Problemen selbst ab, sondern aus dem Prozess ihrer Thematisierung. Häufig spielen hier nationale Eigenheiten eine Rolle, wie etwa die Diskussion über das Waldsterben in den frühen 1980er Jahren oder über die Enthüllungen von Edward Snowden 2013, die in dieser Form charakteristisch für Deutschland waren.

Seit einigen Jahren zeichnet sich in der Politikwissenschaft ein wachsendes Interesse an

diesen Prozessen ab. Die Frage ist nicht nur, unter welchen Bedingungen Politikfelder entstehen oder wieder zerfallen, sondern auch, was ein Politikfeld überhaupt ist und wie man es erfassen kann. Die Tagung verfolgte das Ziel, diesen Fragen vergleichend anhand der Entwicklungsdynamiken mehrerer junger Politikfelder wie Umweltpolitik, Integrationspolitik, Finanzmarktregulierung oder Netzpolitik nachzugehen.

Ein erster Befund der Tagung ist, dass Politikfelder ihre eigenen, teils uneinheitlichen Gründungserzählungen hervorbringen. So wird die Entstehung der Umweltpolitik in Deutschland sowohl als Prozess von oben, nämlich als Initiative der Ministerialverwaltung, als auch von unten – als Erfolg der Umweltverbände – gedeutet. Am Beispiel der Integrationspolitik lässt sich zeigen, wie selektiv und anfechtbar solche Gründungsmythen sind: Die Repatriierungspolitik für Spätaussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg etwa ist dem Vergessen anheimgefallen und gehört nicht zur heutigen Entstehungsgeschichte (Andreas Blätte, Universität Duisburg-Essen).

Auch die sozialwissenschaftliche Theoriebildung leistet ihren Beitrag zu den Gründungsnarrativen einzelner Politikfelder. Der Diffusionsansatz beschreibt Lern- und Imitationsprozesse, in denen wissenschaftliche Professionsgruppen neue Wissensbestände auf die internationale Ebene „hochladen“, um sie von dort wiederum auf die nationale Ebene „herunterzuladen“ und anzupassen (Helge Jörgens, Freie Universität Berlin). Den Ursprung der Umweltpolitik beispielsweise verortet dieser Ansatz in den USA. Die Institutionentheorie betrachtet die Entstehung von Politikfeldern als allmählichen Verdichtungsprozess (Sebastian Botzem, Universität Bremen). In dem Maße, in dem sich Akteurskontakte, Informationsflüsse, private oder öffentliche Handlungskompetenzen verstetigen, gewinnen sie graduell

Autonomie nach außen (Maximilian Hösl, WZB). Diskurstheoretische Ansätze schließlich betonen die Rolle von öffentlichen Deutungskämpfern für die Institutionalisierung von Politikfeldern. Ein Beleg dafür findet sich in den Referats- und Abteilungsnamen der Ministerien, in denen sich der Wandel des Zeitgeists im wörtlichen Sinne einschreibt (Julia Pohle, WZB).

Ein wiederkehrendes Thema der Tagung war die Frage der Eingrenzung: Ab wann kann man von einem eigenständigen Feld sprechen, und worin bestehen seine konstituierenden Merkmale? Alle Teilnehmer waren sich einig darin, dass sich Politikfelder als institutionelle Konfigurationen entlang eines Kontinuums ausprägen. Das heißt, es gibt nicht eine klar erkennbare Geburtsstunde, sondern fortlaufende Entwicklungen, die sich in einem größeren Kontext ereignen, zum Beispiel in Abgrenzung zu anderen Zuständigkeitsbereichen (Jan Fuhse, Humboldt-Universität zu Berlin). Bis heute ist ungewiss, ob es den netzpolitischen Themen gelingt, sich aus den Verantwortungsbereichen anderer Ministerien herauszulösen und sich institutionell zu verselbstständigen (Sebastian Haunss, Universität Bremen). Politikfelder müssen auf Dauer gestellt sein, interne Strukturen und Regulierungskompetenzen ausbilden (Kathrin Loer, FernUniversität in Hagen). Die Gastgeber der Tagung schlugen vor, Politikfelder in Anlehnung an Pierre Bourdieu als Produktionsräume zu verstehen. Die Akteure eines Feldes produzieren im Rahmen ihrer Auseinandersetzungen Diskurse, die sich in Texten, Programmen und Gesetzen niederschlagen und auf diese Weise auf das Feld zurückwirken. Politikfelder sind somit performativ: Sie schaffen durch Texte Wirklichkeit. Im Austragen von Konflikten bilden sie feldspezifische Eigenlogiken oder Sinnprovinzen aus, die wiederum die Akteure prägen, die in ihnen agieren, und zugleich Unterscheidungsmerkmale zu anderen Feldern liefern.